

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
täglich abends mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage für den fol-
genden Tag. Insertionspreis:
die kleinformatige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gefaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließl.
des „Musk. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.
Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

Nr. 20.

Mittwoch, den 26. Januar

1910.

Das im Grundbuche für Neuheide, Patr.-Ger.-Ant. Blatt 53 auf den Namen des
Gastwirts **Kilianus Kleinmünzer** eingetragene Grundstück soll
am 18. März 1910, vormittags 10 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Das Grundstück ist nach dem Grundbuche 13. Nr. groß und einschließlich Inventar auf
28663 M. — Pf. geschätzt. Es besteht aus Wohnhaus mit Restaurationsbetrieb —
— Erd.-Kat.-Nr. 8 C —, (2 Gaß- und 1 Vereinszimmer, Küche und 2 Wohnzimmer), Garten-
schankgebäude mit Schießstand und Acetylengasbereitungsanlage und liegt in Neuheide; die
Grundfläche beträgt 16900 M.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück
betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung
des am 9. Dezember 1909 verlauchten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche
nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe
von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, wid-
rigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei
der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen
Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des

Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, wid-
rigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
Eibenstock, den 20. Januar 1910.

Königliches Amtsgericht.

Donnerstag, den 27. ds. Mts., am Geburtstage Sr. Majestät des Kaisers
bleiben **sämtliche Ratsexpeditionen geschlossen.**

Das **Ständesaal** ist an diesem Tage für dringliche Angelegenheiten in der Zeit von
8 bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Das **Schamamt** expediert von **5 bis 6 Uhr nachmittags.**

Stadtrat Eibenstock, den 20. Januar 1910.

Hesse.

M.

Die **Hundebesitzer** hiesigen Ortes werden hiermit veranlaßt, die Hundesteuer — 5 M.
für jeden Hund — auf das Jahr 1910 bei Vermeidung des Zwangsvollstreckungsverfahrens
bis zum **10. Februar 1910** an die hiesige Steuereinnahme abzuführen.

Der Gemeinderat zu Schönheide.

Das deutsche und das englische Wahlrecht.

Die englischen Parlamentswahlen fordern zu einem Vergleich zwischen dem in England geltenden Wahlrecht und dem deutschen Reichstagswahlrecht heraus.

England einschließlich Schottland und Irland zählt bei 41 1/2 Millionen Einwohnern 7 Millionen Wahlberechtigte, das deutsche Reich bei 60 641 000 Einwohnern 13 353 000 Wahlberechtigte. Somit sind in England wahlberechtigt 16,8 Prozent der Bevölkerung, in Deutschland dagegen 22 Prozent der Bevölkerung. Es ist hierbei natürlich zu berücksichtigen, daß die Frauen und Kinder in beiden Ländern überhaupt das Wahlrecht nicht besitzen. Wie sich das Verhältnis bei den männlichen Bewohnern über 21 Jahre gestaltet, davon gibt eine Statistik von 1901 Aufschluß. England und Wales hatten damals 11 693 130 männliche Bewohner über 21 Jahre; davon waren Wähler 5 464 231 = 47 v. H. Deutschland hatte im Jahre 1900 12 700 688 männliche Bewohner über 21 Jahre; davon durften das Wahlrecht ausüben etwa 11 880 000 = 93 v. H. Wähler als England, trotzdem der Engländer 4 Jahre früher in den Besitz des Wahlrechtes gelangt.

England, das von der Sozialdemokratie als Mutterland der Freiheit bei jeder Gelegenheit vorgeführt wird, hat also kein allgemeines Wahlrecht. Dort dürfen alle Inhaber selbständiger Wohnungen das Stimmrecht ausüben, sobald alle Mieter, die ein und dieselbe möblierte Wohnung mindestens ein Jahr lang innehaben. Ferner Eigentümer mit lebenslanglichem Vertrag, deren Grundstück jährlich mindestens 100 M. Nutzen abwirft.

In Deutschland dagegen kann jeder 25jährige Schulpflichtige, der im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, zum Reichstag wählen. Es ist klar, daß durch die einschränkende Bestimmung des englischen Wahlrechtes vorzugsweise die fluktuierende Bevölkerung, d. h. die arbeitende Klasse, betroffen wird. Wenn man noch in Betracht zieht, daß in England noch ein Oberhaus besteht, dessen Zustimmung bei allen Gesetzen notwendig ist, während wir im deutschen Reich kein Oberhaus haben, dann kann es nicht zweifelhaft sein, daß nicht England, sondern Deutschland das freieste Wahlrecht besitzt.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Der Kaiser in Weimar. Der Kaiser weilte am Sonntag in Weimar, wo er das jungvermählte Großherzogspaar, das tags zuvor bei festlichem Schneetreiben seinen Einzug in Weimar gehalten hatte, begrüßte. Nach einer Familientafel im Schloß versammelten sich die hohen Herrschaften im Hoftheater, wo Shakespeares „Sommernachtstraum“ gegeben wurde. Noch am Sonntag reiste der Kaiser wieder ab.

— In der Befehung der Kommandanturen von Berlin und Potsdam soll zum Geburtstag des Kaisers ein Personalwechsel eintreten. Die Stelle des jetzigen Stadtkommandanten von Berlin General von Boehn übernimmt General von Plüskow, bisher Kommandant von Potsdam. An dessen Stelle soll Oberst Freiherr von Willisen, bisher Kommandeur des 1. Garderegiments zu Fuß treten.

— Der frühere Unterstaatssekretär der Reichs-

kanzlei von Löbell, der gleichzeitig mit dem Fürsten Billow aus dem Reichsdienste scheidet und zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ernannt wurde, hat seines leidenden Gesundheitszustandes wegen endgültig darauf verzichten müssen, sein neues Amt anzutreten.

— Die Generalversammlung des Bundes der Industriellen, die in Berlin tagt, nahm eine Resolution gegen die Einführung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen an, die von Preußen bekanntlich gefordert werden. — Im Namen des Reichsamts des Innern begrüßte Geheimrat Wiedfeld die Versammlung. Er teilte mit, daß die Bedenken der Industrie gegen den Entwurf einer Reichsversicherungsordnung im wesentlichen anerkannt worden sind. Bei der Krankenversicherung sind es die Wünsche wegen der Betriebskrankentassen und deren Aufrechterhaltung, bei der Unfall-Versicherung die wegen der Rentensfestsetzung und des ausschließenden Streitverfahrens. Diese Mitteilungen wurden von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Auch der Staatssekretär des Reichsschatzamts ließ Grüße und Wünsche überbringen. In seinem Namen wies Geh. Rat Hoffmann darauf hin, daß ohne Kampf kein Vorwärtkommen möglich sei; daß aber der wirtschaftliche Kampf unseres Volkes so ausgefochten werden möge, daß wir seiner froh werden. Der neue Direktor des Hanfjudes Knoblauch, der darauf das Wort nahm, erntete stürmischen Beifall mit der Versicherung: Wir wollen den Wünschen und Bedürfnissen der Industrie auf parlamentarischem und gesetzgeberischem Gebiete sowie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mehr Geltung verschaffen und hoffen, daß die gemeinsame Arbeit die Einigung der Industrie und die Durchsetzung ihrer Wünsche herbeiführen wird.

— Die Fleischsteuerung. Der Vorsitzende des Bundes der Viehhändler Deutschlands, Herr Hermann Daniel aus Dierdorf, Bezirk Koblenz, wurde, wie die „Deutsche Fleisch-Zeitung“ meldet, von dem Landwirtschaftsminister von Arnim in Berlin empfangen. Herr Daniel überreichte Vorschläge des Bundes zur Verbesserung der Fleischzeugung im Inlande. Der Besprechung wohnten noch bei: Unterstaatssekretär von Conrad, Ministerialdirektor Rüster und Geheimrat Hesse. Die Vorschläge gehen im wesentlichen darauf hinaus, die Grenzen nicht zu öffnen, dafür aber im Innern einen stärkeren Wettbewerb durch Unterstützung von Mastanstalten hervorzuheben.

— Verminderung der Hoboisten und Hilfsmusiker. Bei der nächsten Rekrutierung der Friedenspräsenzstärke des Heeres wird auch dem Beschlusse des Reichstages nähergetreten werden, zu erwägen, inwieweit die Zahl der Hoboisten und Hilfsmusiker bei den Infanterieregimentern eingeschränkt werden kann.

— Tschechen-Ausweisungen im Riesengebirge. Die Regierung in Peking hat in Hirschberg und Umgebung einer großen Anzahl dort lebender Tschechen die baldige Ausweisung angekündigt. Auf der deutschen Seite des Riesengebirges hat ähnlich wie im sächsischen Elbtal die tschechische Einwanderung einen Umfang angenommen, der sie zu einer gefährlichen Konkurrenz für den deutschen Arbeiter und Handwerker macht, den sie infolge ihrer auf geringerem Kulturstand beruhenden niederen Lebenshaltung zu unterbieten vermag. Zumal kommen Schuhmacher, Schneider und Bäcker scharenweise als Gefellen von

Böhmen herüber. Gelingt es ihnen, sich selbständig zu machen, so stellen sie immer wieder nur tschechische Gefellen ein. Besonders deutlich treten die Wirkungen auf konfessionellem Gebiete zutage. In Orten wie Schreiberhau und Petersdorf, die früher eine verschwindende Zahl von Katholiken hatten, ist ausschließlich infolge tschechischer Zuwanderung der katholische Bevölkerungsanteil so gewachsen, daß besondere katholische Kirchen und Gemeinden errichtet worden sind. Die tschechische Zuwanderung wuchs in dem Maße, wie die Tschechisierung der österreichischen Riesengebirgsseite zunahm, deren Schuld hauptsächlich die dortigen Grundbesitzer, oft deutschen Namens und Blutes, wie z. B. Graf Harrach, tragen. Diese stellen nur tschechische Beamten und Arbeiter ein und verwenden ihren mächtigen Einfluß in jeder Weise zur Stärkung des Tschechentums. Die Folge ist, daß man drüben in Orten, wo man vor 20 Jahren noch kein tschechisches Wort hörte und keine tschechische Aufschrift kannte, heute von tschechischen Klängen umgeben ist, und nur dopsprachige oder gar ausschließlich tschechische Firmenschilder sieht. Die Regierung in Peking tut nur ihre Pflicht, wenn sie unsere Grenzorte vor gleichem Schicksal schützen will und sie hat umsomehr ein Recht dazu, als die Tschechen im eigenen Lande jeden Deutschen, auch den Reichsdeutschen, unterdrücken und verfolgen. Vielleicht lernen, so schreiben die „Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland“, die Herren Tschechen auf diesem Wege einsehen, daß es nicht angängig ist, auf böhmischem Boden den deutschen Fremden, nur weil er deutsch spricht, zu insultieren, und auf der anderen Seite sich in dessen Lande zu Tausenden lohnenden Erwerb zu suchen.

— Das neue 25-Pfennigstück in der Kritik des preussischen Abgeordnetenhauses. Die preussischen Abgeordneten gossen am Sonnabend bei der Besprechung des Münzgesetzes die volle Schale ihres Spottes über die neueste numismatische Errungenschaft des Reiches, das 25-Pfennigstück, aus. Jeder Redner hatte eine andere Bezeichnung für dieses Monstrum. Mit Spielmarken, Biermarken, Schiebermarken wurde diese schwächste Leistung unserer Münzexperten tituliert. Selbst Vergleiche mit Münzen aus dem Reiche der Mitte mußte sich dieses Wunderwerk deutscher Kleinplastik gefallen lassen, und verschiedene Redner hoben sämtliche Mängel, namentlich die Verwechselungsmöglichkeiten dieses Geldstückes, das nicht einmal „eine Gegenwart, geschweige denn eine Zukunft“ habe, hervor. Dr. Arend-Mansfeld, der sich der schönen Bergbautaler sehr süchtig erinnerte, beklagte dabei trauernd den Wandel der Zeiten, als man noch Geschmad und Kunst selbst bei mammonistischem Schaffen bewies. So viel ist sicher: das neue 25-Pfennigstück wird sich nicht lange halten können. Bald wird es als Kuriosum eines unpraktischen Kunstgeschmades nur noch in Münzkabinetten zu finden sein. Und das von Rechts wegen.

Oesterreich-Ungarn.

— Im ungarischen Abgeordnetenhaus wurde dem neuen Kabinett Khuen-Hedervary gegen das sich die magyarischen Parteien einmütig verschworen hatten, der denkbar übelste Empfang zu teil. Sie kaiserlicher Knecht! so rief die Justizpartei, als die neuen Minister im Hause erschienen, dessen Sitzungsaal und Tribünen bis auf den letzten Platz gefüllt waren, während viele Hunderte, die keinen Einlaß mehr hatten erhalten können, draußen warteten. Unter gewaltigem Toben der Oppositionsparteien über-